

Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb
Bilanz zum 31. Dezember 2007

AKTIVA

PASSIVA

	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €		€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital		50.000,00	50.000,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		68.990,00	104.265,00	II. Jahresüberschuss		0,00	0,00
II. Sachanlagen				B. Sonderposten Investitionszuschüsse		141.380,00	219.715,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	778,00		878,00	C. Rückstellungen			
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>268.182,00</u>	268.960,00	344.022,00	1. sonstige Rückstellungen		460.600,00	1.358.000,00
B. Umlaufvermögen				D. Verbindlichkeiten			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	87.628,51		41.835,00
1. Forderungen an den Kreis Bergstraße	5.193.713,55		3.540.283,89	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 87.628,51 (€ 41.835,00)			
2. sonstige Vermögensgegenstände - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 992.942,59 (€ 942.604,72)	<u>1.533.812,06</u>	6.727.525,61	1.075.805,61	2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund	4.408.503,46		2.409.715,62
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.333.754,32	1.997.407,62	3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>2.093.676,97</u>	6.589.808,94	1.536.346,27
				- davon aus Steuern € 46.431,95 (€ 0,00)			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		5.047.559,01	4.857.949,77	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 166.136,32 (€ 40.813,57)			
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 2.093.676,97 (€ 1.536.346,27)			
				E. Rechnungsabgrenzungsposten		6.205.000,00	6.305.000,00
		<u>13.446.788,94</u>	<u>11.920.611,89</u>				
						<u>13.446.788,94</u>	<u>11.920.611,89</u>

Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	€	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Transfererlöse		95.838.637,05	99.492.187,95
2. sonstige betriebliche Erträge		7.440.734,75	6.365.083,83
3. Transferaufwendungen		95.838.637,05-	99.492.187,95-
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	2.849.325,20-		1.973.660,87-
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>849.874,65-</u>	3.699.199,85-	542.995,65-
- davon für Altersversorgung € -222.786,05 (€ -164.030,46)			
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		171.062,91-	149.470,12-
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		3.594.328,82-	3.761.813,03-
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>24.461,99</u>	<u>63.456,83</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		605,16	600,99
9. sonstige Steuern		605,16-	600,99-
10. Jahresüberschuss		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

**Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb,
Heppenheim**

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2007

	Anschaffungskosten				Abschreibungen				Buchwert 31.12.2007 €	Buchwert 31.12.2006 €	Kennzahlen durchschnittlicher	
	Stand 1.1.2007 €	Zugänge €	Abgänge €	Stand 31.12.2007 €	Stand 1.1.2007 €	Zugänge €	Abgänge €	Stand 31.12.2007 €			Abschr.- Satz %	Buch- wert %
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>												
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	139.986,48	11.180,05	0,00	151.166,53	35.721,48	46.455,05	0,00	82.176,53	68.990,00	104.265,00	30,7	45,6
II. <u>Sachanlagen</u>												
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.005,60	0,00	0,00	1.005,60	127,60	100,00	0,00	227,60	778,00	878,00	9,9	77,4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	547.740,52	48.667,86	0,00	596.408,38	203.718,52	124.507,86	0,00	328.226,38	268.182,00	344.022,00	20,9 *)	45
	<u>688.732,60</u>	<u>59.847,91</u>	<u>0,00</u>	<u>748.580,51</u>	<u>239.567,60</u>	<u>171.062,91</u>	<u>0,00</u>	<u>410.630,51</u>	<u>337.950,00</u>	<u>449.165,00</u>		

*) bereinigt um die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern

Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb

Heppenheim

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2007

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Aufgaben

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Wahrnehmung und Durchführung der Aufgaben des Landkreises Bergstraße nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Der Kreis Bergstraße ist laut der Verordnung zur Zulassung von kommunalen Trägern als Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 24.09.2004 (BGBl I, S. 2349) eine von 69 optierenden Kommunen in Deutschland, welche sich vor Ort und zeitnah um die Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen kümmert. Dabei gehören Qualifizierungsmaßnahmen und Eingliederungshilfen genauso zum Leistungsangebot des Eigenbetriebes wie die Leistungsgewährung und persönliche Betreuung in besonderen Lebenslagen.

Zu den Aufgaben gehören laut Satzung des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße gemäß § 1 Abs. 2:

- Entscheidungen über Anträge des gesetzlich geregelten Personenkreises
- Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne Berufsausbildung und sonstige schwer vermittelbare Arbeitslose
- Qualifizierende Beschäftigung für den o. g. Personenkreis
- Wirkungsforschung

Im Jahr 2007 wurden 3.585 Neuanträge gestellt, von denen 549 abgelehnt werden mussten. Gegen 535 Ablehnungsbescheide wurde Widerspruch erhoben.

Nach dem Grundsatz „fördern und fordern“ konnten im Rahmen der Beratung, Qualifizierung und Vermittlung 1.644 Personen wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, 584 Personen in einen 400,- € Job. Weitere 2.375 Personen erhielten Maßnahmen zur weiteren Qualifikation und Verbesserung der Vermittlungschancen.

2. Finanzierung

Der Landkreis ist hinsichtlich der Finanzierung der Aufwendungen nach § 46 SGB II der Bundesagentur für Arbeit gleichgestellt. Nach § 6b Abs. 2 Satz 1 SGB II trägt der Bund die Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende einschließlich der Verwaltungskosten mit Ausnahme der Aufwendungen für Aufgaben nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2. Das sind insbesondere:

- Arbeitssuchende, insbesondere Personalkosten
- Sachkosten für Personal einschließlich der Kosten für die Ausstattung von Arbeitsplätzen
- Kosten für TK- und IT-Infrastruktur
- Kosten für bauliche Maßnahmen, Mieten, Schulungs- und Beratungskosten sowie Informationsmaßnahmen
- Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

Der Landkreis trägt gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II die Kosten, die im Zusammenhang mit der Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in das Erwerbsleben erforderlich sind. Das sind im Einzelnen:

- Kosten für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen
- Schuldnerberatung
- Psychosoziale Betreuung
- Suchtberatung
- Leistungen für Mehrbedarf, u.a. für werdende Mütter, Alleinerziehende und Behinderte
- Leistungen für die Erstausrüstung für Wohnungen einschließlich Haushaltsgeräten
- Leistungen für Erstattungen für Bekleidung
- Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten

3. Entwicklung

Kernstück der Reform des Sozialgesetzbuches ist es, die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzufassen mit der Grundidee des Förderns und Forderns.

Durch diese Zusammenfassung wurden zu Beginn des Jahres 2007 etwa 8.484 Bedarfsgemeinschaften, was ca. 16.544 Personen entspricht, vom Eigenbetrieb betreut.

Zum Ende des Jahres 2007 betrug die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 8.205 (ca. 16.635 Personen).

Im Juni 2008 beträgt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften 8.018 (ca. 16.298 Personen). Bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 2008 wird mit einer weiteren leichten Reduzierung der Anzahl an Bedarfsgemeinschaften gerechnet.

4. Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2007 wurden Investitionen zur Optimierung der Infrastruktur der Bereiche zentrale Dienste sowie der vier Regionalteams (Bergstraße, Ried, Viernheim und Odenwald) mit vier Jobcentern in Heppenheim, Mörlenbach, Bürstadt und Viernheim getätigt. Das Investitionsvolumen betrug T€ 60. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit war der Umzug des Jobcenters Bergstraße in die Walther-Rathenau Straße und die Einrichtung von Räumen für die Einstiegsoffensive.

Für das Jahr 2008 sind Investitionen in den weiteren Ausbau der Einstiegsoffensive in drei Jobcentern vorgesehen.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Wirtschaftsjahr 2007 wurden die Aufgaben laut Stellenplan mit 107 Stellen bewältigt. Die Mitarbeiter sind teils beim Eigenbetrieb angestellt, teils vom Kreis Bergstraße oder anderen Landkreisen und Städten abgeordnet. Es bestanden 1 Betriebsleiterstelle, 3 Regionalteamleiterstellen, 17 Sachbearbeiterstellen in der zentralen Verwaltung, 74 Sachbearbeiterstellen im Fallmanagement sowie 12 Stellen für Bürokräfte. Darüber hinaus wurden 14 Fallmanager des Bildungswerkes der Hessischen Wirtschaft e.V. eingesetzt.

Die Personalkosten für die 107 Arbeitnehmer sowie die 14 zusätzlichen Fallmanager setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>€</u>
Gehälter und Besoldungen	2.849.325,20
soziale Abgaben	627.088,60
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	222.786,05
weiterberechnete Personalkosten	<u>1.477.919,72</u>
	<u>5.177.119,57</u>

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Aktiva setzten sich im Wesentlichen aus den Forderungen gegen den Kreis (T€ 5.194), den liquiden Mitteln (T€ 1.334) und den Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 5.048) zusammen. Bei den Rechnungsabgrenzungen handelte es sich um Transferleistungen für den Januar 2008.

Ende Dezember wurden dem Eigenbetrieb T€ 6.205 vom Bund als Vorschuss für die Transferleistungen des Monats Januar 2008 zur Verfügung gestellt. Diese wurden passiv abgegrenzt.

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2007 T€ 13.447.

Die im Wirtschaftsjahr 2007 gebildeten sonstigen Rückstellungen betreffen:

	<u>€</u>
Nachzahlungsrisiken gegenüber dem Bund	90.000,00
Risiko aus der Zurechnung zusätzlicher Bedarfsgemeinschaften	265.000,00
Urlaubsverpflichtungen	50.600,00
Jahresabschlusserstellung und -prüfung	35.000,00
Prozessrisiken	<u>20.000,00</u>
	<u>460.600,00</u>

Zum 31. Dezember 2007 weist der Eigenbetrieb ein Eigenkapital in Höhe des Stammkapitals von T€ 50 aus. Das Stammkapital ist in voller Höhe einbezahlt. Darüber hinaus verfügt der Eigenbetrieb über Sonderposten in Höhe von T€ 141 aus der Anschubfinanzierung durch den Bund.

2. Finanzlage

Der Eigenbetrieb erhält finanzielle Mittel zur Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben vom Bund und vom Landkreis. Die Mittel werden bedarfsgerecht abgerufen. Hierzu werden regelmäßig die monatlichen Zahlungsverpflichtungen geplant, auf dessen Basis die Zahlungsmittel angefordert werden.

Zum Wirtschaftsjahresende verfügt der Eigenbetrieb über liquide Mittel in Höhe von T€ 1.334.

3. Ertragslage

Den Transfererträgen in Höhe von T€ 95.839 und sonstigen Erträgen in Höhe von T€ 7.441 standen insbesondere Transferaufwendungen in Höhe von T€ 95.839, Personalkosten in Höhe von T€ 3.699 und sonstige Aufwendungen in Höhe von T€ 3.594 gegenüber. Den größten Posten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bildeten die weiterberechneten Personalkosten für abgeordnete Mitarbeiter der Landkreise bzw. Kommunen mit T€ 1.478.

Da sämtliche Aufwendungen entweder vom Bund oder vom Kreis Bergstraße getragen werden, weist das Wirtschaftsjahr 2007 ein Jahresergebnis in Höhe von € 0,00 aus.

C. Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebs

Im Jahr 2008 werden die Transferaufwendungen in etwa gleichbleiben. Den sinkenden Leistungen beim Arbeitslosengeld II stehen steigende Leistungen bei den Kosten der Unterkunft und den Verwaltungsausgaben gegenüber.

Die Planung des Eigenbetriebs Neue Wege sieht eine flächendeckende, bedarfsorientierte Versorgung der Hilfebedürftigen bei den Förderinstrumenten vor. Bis zum Jahr 2009 sollen dabei 1.500 Förderplätze geschaffen werden. Insbesondere individuelle Qualifizierungen und die in Eigenregie durchgeführte Einstiegsoffensive bilden den Schwerpunkt des Ausbaus. Die Anzahl der Arbeitsgelegenheiten (1 -€ Jobs) wird zurückgehen.

Qualifizierungsmaßnahmen mit Vermittlungsschwerpunkt, niederschwellige Angebote die Langzeitarbeitslose wieder an den Arbeitsalltag gewöhnen und Maßnahmen für Alleinerziehende sind weiterhin Schwerpunktbereiche.

Nach dem Aufbau der Verwaltung wird der Erfolg des Eigenbetriebs maßgeblich von den weiteren Qualitätsverbesserungen in den Arbeitsprozessen abhängen. Deshalb sind die Neueinstellung von Personal sowie die Qualifizierung der Mitarbeiter wesentlich. Für 2008 ist ein starker Anstieg von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter vorgesehen. Allen Fallmanagern wird die Qualifizierung zu zertifizierten Vermittlungscoaches angeboten.

D. Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Wirtschaftsjahr 2007 wurde ein Unterschlagungsfall eines Mitarbeiters aufgedeckt. Wir haben umgehend rechtliche Schritte eingeleitet, um die Interessen des Eigenbetriebs zu wahren. Weiterhin wurde die Implementierung von Kontrollmaßnahmen forciert, um weiteren dolosen Handlungen präventiv vorzubeugen. Das Bundesministerium hat uns ein in der Struktur geeignetes Verwaltungs- und Kontrollsystem bestätigt. Die Eigenschadenversicherung hat vertragsgemäß geleistet.

Zu Beginn des Jahres 2008 hat das Bundesministerium die Jahresrechnung 2005 abgeschlossen. Im Anschluss haben zwischen dem Bundesministerium, den Vertretern des Landes sowie dem Kreis Bergstraße Gespräche stattgefunden. Außer der Jahresrechnung waren der Betrugsfall und die in 2007 durchgeführte Sonderprüfung Gegenstand der Verhandlung. Die mit dem Bund vereinbarte Lösung ist zwischenzeitlich in den Kreisgremien beschlossen und im Eigenbetrieb umgesetzt worden.

Hierbei wurde der pauschale kommunale Finanzierungsanteil für Personal- und Sachkosten auf 12.6% erhöht. Dieser, vom BMAS geforderte Anteil, ist bundesweit üblich und wurde von Seiten des Kreises Bergstraße unter dem Vorbehalt einer bundeseinheitlichen Regelung gestellt.

Der Bund beabsichtigt eine Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Zurzeit gibt es noch, insbesondere beim § 16.2 SGB II, eine unterschiedlich Rechtsauslegung zwischen dem BMAS und unserer Rechtsaufsicht im Hessischen Sozialministerium. So beabsichtigt der Bund Maßnahmen wie z.B. Sprachkurse und Schulabschlüsse ab 01.07.08 nicht mehr zu finanzieren. Sofern diese für die Integration der Arbeitslosen notwendig sind, und nicht durch andere Maßnahmen des Bundes ersetzt werden können, war sich die Betriebskommission einig, diese

weiterhin für die Hilfeempfänger einzusetzen, auch auf die Gefahr hin, dass notfalls die Kosten zu Lasten des Kreises gehen werden.

Eine von der Vergabekammer geforderte europaweite Ausschreibung der Leistungsberechnungs- und Fallmanagementsoftware wurde in 2008 durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Nunmehr wird die Software Open/Prosoz eingesetzt.

Durch die steigenden Energiekosten, deren Entwicklung für die Zukunft nicht abgeschätzt werden kann, können sich bei den Ausgaben „Kosten der Unterkunft“ höhere Beträge ergeben.

Die internationalen Finanzmärkte befinden sich in einer Krise. Diese kann auch zu einer wirtschaftlichen Krise führen. Damit ist eine Zunahme über die im Wirtschaftsplan angenommene Zahl der Arbeitslosen und der Bedarfsgemeinschaften nicht ausgeschlossen.

Da generell alle anfallenden Kosten des Eigenbetriebes durch den Bund bzw. den Kreis Bergstraße getragen werden, können finanzielle Risiken bei der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes ausgeschlossen werden.

Erfolgreich hat sich die Einführung der „Einstiegsoffensive“ im Job-Center Bergstraße entwickelt. Dieses Sofortangebot für alle arbeitslosen Neuantragsteller kann eine konstante Integration von über 40% in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse aufweisen. Deshalb beabsichtigt der Eigenbetrieb die Einstiegsoffensive ebenso in den anderen drei Jobcentern umzusetzen.

Im Bereich der Arbeitsgelegenheiten konnte mit der Betriebskommission und der IHK eine Positivliste als Handlungsleitfaden für die Besetzung vereinbart werden,

Der Eigenbetrieb hat seinen Arbeitgeberservice weiter ausgebaut und setzt in allen vier Jobcentern eine bewerberorientierte Vermittlung um. In diesem Rahmen wurde mit der Wirtschaftsförderung des Kreises Bergstraße eine Kooperation vereinbart. Ein Mitarbeiter von Neue Wege wird systematisch mit der Wirtschaftsförderung Unternehmen informieren und Stellen einwerben.

Die Betriebskommission hat einem Zukunftskonzept der Betriebsleitung zugestimmt, indem wesentliche Bausteine für die Zukunft beschlossen worden sind.

Heppenheim, 03. November 2008



Dipl. Kfm. Rainer Burelbach
Betriebsleiter

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Neue Wege Kreis Bergstraße Eigenbetrieb für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht liegen nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

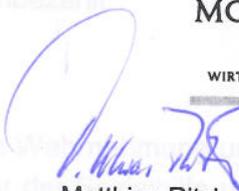
Anlage 6

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mannheim, 3. November 2008



MOORE STEPHENS
TREUHAND AG
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT


Matthias Ritz
Wirtschaftsprüfer


Andreas Rundag
Wirtschaftsprüfer

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts darf nur nach unserer vorhergehenden Zustimmung erfolgen. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und / oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.